

Nr. XIX. GP-NR  
1093 1J  
1995-05-08

## A N F R A G E

der Abgeordneten Ute Apfelbeck, Schöll, Dr. Partik-Pablé  
an den Herrn Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten  
betreffend Gendarmerieposten Deutschlandsberg

Wie aus der Kleinen Zeitung (Steiermark) zu erfahren ist, gibt es bei der Planung des Gendarmeriepostens Deutschlandsberg zahlreiche Ungereimtheiten. So war ursprünglich geplant, ein Bundesgebäude zu errichten, in dem der Gendarmerieposten, das Finanzamt und das Vermessungsamt untergebracht werden sollten.

Aus Kostengründen soll nun das Postengebäude von einem privaten Unternehmen gebaut und an die Gendarmerie vermietet werden.

Es wurde schließlich eine Firma gefunden, die sich bereiterklärte, das Projekt nach den Ausschreibungsrichtlinien des Ministeriums zu planen.

Für dieses Vorhaben interessierte sich jedoch auch eine andere Firma und diese wollte sich daher ebenfalls um die Planung des Postengebäudes bewerben. Die Ausschreibungsunterlagen wurden diesem Planungswerber jedoch verweigert. An einem zweiten Anbot war anscheinend niemand interessiert, obwohl das Gebäude rund 20 Millionen Schilling kosten dürfte.

Die unterfertigten Abgeordneten richten in diesem Zusammenhang an den Herrn Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten nachstehende

### A n f r a g e

1. Ist Ihnen der o. a. Sachverhalt bekannt?  
Wenn nein, warum nicht?
2. Hat es für dieses Bauvorhaben eine öffentliche Ausschreibung gegeben?  
Wenn nein, warum nicht?
3. Wenn es eine öffentliche Ausschreibung gegeben hat, wieviele Firmen haben sich daran beteiligt?
4. Aus welchen Gründen wurden dem zweiten Planungswerber die Ausschreibungsunterlagen verweigert?
5. Ist der Bauauftrag bereits vergeben?  
Wenn nein, warum nicht?
6. Wenn ja, welche Firma wurde mir diesem Vorhaben betraut?
7. Aus welchen Gründen wurde diese Firma mit diesem Vorhaben betraut?